

»Der totale Kriegseinsatz ist hier schon längst zum Teufel«

Freiburg zwischen Zerstörung der Altstadt
und Einmarsch der Franzosen 1944/45

Thomas Schnabel

Das Deutsche Reich kapitulierte am 8. Mai 1945 erst, als fast ganz Deutschland durch alliierte Truppen besetzt worden war und Adolf Hitler sich zuvor durch Selbstmord der Verantwortung entzogen hatte. Allerdings war der totale Kriegseinsatz der meisten Deutschen schon seit Monaten längst zum Teufel, wie der Freiburger Oberbürgermeister Kerber in einer internen Besprechung Anfang 1945 ausführte. Am Beispiel Freiburgs lässt sich nach der Zerstörung weitere Teile der Innenstadt durch den britischen Luftangriff vom 27. November 1944 zeigen, wie es dem NS-System immer weniger gelang, die Menschen von der eigenen Politik zu überzeugen. Zwar kam es zu keinem aktiven Widerstand und einige wenige glaubten immer noch an die angekündigten Wunderwaffen, aber die meisten Menschen versuchten nur noch, das eigene Leben zu retten. Durch die gute archivalische Überlieferung lässt sich zeigen, wie die Stadtverwaltung immer weniger in der Lage war, ein geordnetes Leben aufrecht zu erhalten und die Menschen zu schützen und zu versorgen. Immerhin blieben der Stadt sinnlose Kämpfe beim Einmarsch der Franzosen weitgehend erspart.

Mit diesen Worten beschrieb der Freiburger Oberbürgermeister zwischen 1933 und 1945 und frühere NSDAP-Kreisleiter in einer Dienstbesprechung mit seinen Amtsleitern am 16. März 1945 die Situation in der schwer zerstörten Stadt an der Dreisam.

Seit Sommer 1944 war allen einigermaßen sachlich denkenden Beteiligten klar, dass Deutschland den Krieg verlieren wird. Im Osten hatte die Offensive der Roten Armee innerhalb weniger Wochen die Heeresgruppe Mitte und die Heeresgruppe Ukraine zerschlagen – die größte Katastrophe der deutschen Militärgeschichte mit deutlich höheren Verlusten als bei der Niederlage in Stalingrad anderthalb Jahre davor. Im Westen war es den Ame-

rikanern, Briten und Kanadiern gelungen im Juni 1944 mit der Landung in der Normandie die von Stalin schon lange geforderte zweite Front zu eröffnen. Am 20. Juli 1944 scheiterte das Attentat auf Hitler und das Regime radikalisierte sich nochmals erheblich. Die Rache war extrem brutal und Himmler mit seiner SS bekam einen zunehmenden Einfluss auch auf die Wehrmacht. Damit gab es keine Chance mehr, den Krieg vorzeitig zu beenden.

Albert Camus, der Widerstandskämpfer und spätere Literaturnobelpreisträger, schrieb am 20. September 1944 im Combat: »Die kommenden Tage werden keine glücklichen Tage werden. Sie werden für die Geschichte jene Zeit sein, in der ein Volk und sein Führer

sich darauf einigen könnten, kollektiv Selbstmord zu begehen.«¹

Wie zutreffend diese Einschätzung war, zeigt ein Blick auf die deutschen Verluste nach dem Oktober 1944. Die Bundesregierung hatte im Straffreiheitsgesetz von 1954, das der »Bereinigung der durch Kriegs- und Nachkriegsereignisse geschaffenen außergewöhnlichen Verhältnisse« dienen sollte, in Paragraph 6 den Zeitraum zwischen dem 1. Oktober 1944 und dem 31. Juli 1945 als Zusammenbruch des Deutschen Reichs definiert.²

In diesem Zeitraum starben allein knapp 1,9 Millionen deutsche Soldaten, deutlich mehr als ein Drittel aller im Zweiten Weltkrieg umgekommenen Soldaten. Wenn man die Zeit nach dem Attentat auf Hitler noch einbezieht, so sind es knapp die Hälfte der Gesamtverluste. In den ersten vier Monaten des Jahres 1945, als längst alles verloren war, starben über 1,3 Millionen junge deutsche Soldaten. Im Januar waren es allein über 450 000 Menschen; jede Stunde 600 Tote, 24 Stunden am Tag und 31 Tage im Monat.³

Diese Verlustzahlen verwundern aber nicht, wenn man den Bericht des neuen Chefs des Stabes der am Oberrhein stehenden Heeresgruppe G über die von ihm besuchten Truppen liest: »Die Truppe, soweit man im infanteristischen Bereich von so etwas noch reden kann, scheint am Ende (...) Der physische und psychische Zustand der Infanterie ist erschütternd. Ein Gemisch von deutschen, volksdeutschen, russischen, viel unausgebildetem Luftwaffen- und Marinepersonal, in der Hauptsache Männer, die bis vor kurzem kampfungewohnt, aus einem Zusammenbruch kommend, jetzt 6–8 Wochen im Kampf stehend, bilden die sogenannten Völkergrenadiere, die nur noch hart kämpfen, wo genügend Offiziere vorhanden sind, die sie hart in der Hand halten. Die Masse dieser mehr oder weniger gut unifor-

mierten Zivilisten hat einen Grad an Apathie erreicht, der die Bedrohung mit der Waffe mit den Worten beantwortet: »Bitte schießt ruhig, irgendwie gehen wir doch kaputt.«⁴

Ab Sommer 1944 hatten die Alliierten die absolute Lufthoheit über dem Reich. Die deutsche Luftwaffe hatte dem nichts mehr entgegenzusetzen. Bis dahin war der Südwesten, sieht man einmal von der Zerstörung des Rüstungsstandortes Friedrichshafen einmal ab, nur von einzelnen großen Angriffen betroffen. 1944/45 starben dann mehr als 90 % aller im Weltkrieg umgekommenen Zivilisten im Südwesten. Die Groß- und Mittelstädte von Baden und Württemberg wurden in den letzten neun Monaten mit wenigen Ausnahmen (wie z. B. Esslingen, Heidelberg oder Tübingen) von Flächenbombardements heimgesucht. Die FlakEinheiten waren ebenso unzureichend wie die Bunkerbauten.

In Freiburg gaben sich viele Menschen der trügerischen Hoffnung hin, als Universitätsstadt mit geringem Industrieanteil von einem verheerenden Luftangriff verschont zu bleiben. Dies hing in erster Linie damit zusammen, dass zu diesem Zeitpunkt den meisten Deutschen die Ziele des alliierten Luftkrieges unklar waren. In der Endphase des Krieges warfen vor allem die Westalliierten bis dahin unvorstellbare Mengen von Bomben auf Deutschland, ohne allerdings die damit verfolgten Ziele zu erreichen, nämlich »die Störung und Zerstörung der feindlichen Wehrwirtschaft« und »die fortschreitende Demoralisierung der den Bombardements ausgesetzten feindlichen Bevölkerung.«⁵ Vielmehr konnte der strategische Bombenkrieg allein seine eigentliche Aufgabe nicht erfüllen und war moralisch kompromittiert, »weil er die Angriffe gegen die Zivilbevölkerung vorsätzlich verstärkte.«⁶

Am 27. November 1944 begann kurz vor 20 Uhr der nur 23 Minuten dauernde Angriff der

britischen Bomber, die rund 14 000 Spreng- und Brandbomben mit einem Gesamtgewicht von über 1700 Tonnen vor allem über der Nord- und der Altstadt abwarfen. »Verschiedene Einzelbrände wuchsen bald zu Straßenbränden und zwei größeren Flächenbränden zusammen, welche die Altstadt vom Schloßberg bis zum Stühlinger erfaßten.«⁷ Insgesamt etwa 3000 Menschen starben bei diesem Angriff. Viele der Überlebenden flohen aus der Stadt. So wurden vor dem Angriff für etwa 100 000 Menschen Lebensmittelmarken verteilt. In der Woche nach dem Angriff waren es gerade noch 64 000. Etwa ein Drittel der Freiburgerinnen und Freiburger war aus der Stadt geflohen, meist zu Verwandten in der Umgebung.

In den ersten fünf Tagen nach dem Angriff wurden die Geschädigten kostenlos von der nationalsozialistischen Volkswohlfahrt oder in Gaststätten verpflegt. In kurzer Zeit gelang es dem Ernährungsamt auch, die beim Angriff zerstörte Kartei wieder zu erstellen, die zur Verteilung der Lebensmittelmarken notwendig war. Insgesamt funktionierte die Lebensmittelversorgung der Stadt recht schnell wieder, zumal Oberbürgermeister Kerber Anfang Dezember verbot, an Wehrmacht und Arbeitsdienst noch Lebensmittel abzugeben. Die meisten Großhandlungen der Stadt hatten, in Erwartung eines Luftangriffs, ohnehin nur einen Monatsbedarf an Waren in der Stadt gelagert. In der näheren und weiteren Umgebung waren Ausweichlager eingerichtet worden, die man sofort zur Versorgung der Stadt heranziehen konnte.⁸

Allerdings bestand wenig Hoffnung, dass sich an der Kriegslage grundlegend etwas zum Positiven ändern würde. Bereits wenige Tage vor dem Angriff auf Freiburg, am 23. November 1944, war es den Alliierten in einer überraschenden Aktion gelungen, Straßburg zu befreien, und man konnte auch in Freiburg,

wie schon im Ersten Weltkrieg, die Artillerie von den Kämpfen bei Colmar hören, die noch bis Februar 1945 andauern sollten.

Die Stadtverwaltung sah sich auch sehr schnell schweren Vorwürfen ausgesetzt, nicht für einen ausreichenden Schutz vor einem großen Luftangriff gesorgt zu haben. Dies beklagte Oberbürgermeister Kerber in der nicht-öffentlichen Ratsherrensitzung am 25. Januar 1945. »Wir wollten allein bombensichere Unterstände bauen, um finanzielle Dinge ging es uns nicht. Ein Antrag nach dem andern ist eingereicht und abgelehnt worden ... Ich kann aber nicht vor die Bevölkerung hintreten und ihr sagen, daß alle Anträge abgelehnt worden sind. Das verstößt gegen die Staatsraison. Diese Frage wird aber in der Bevölkerung häufig besprochen. Die Ortsgruppenleiter der Partei reden darüber, am Stammtisch und überall wird sie besprochen. Die Stadtverwaltung, die das Meiste hier in Freiburg tut, wird unberechtigt angegriffen.«⁹

Am Beispiel Freiburgs lassen sich verschiedene Faktoren der Auflösung des politischen Systems nachzeichnen, die es so oder in ähnlicher Form in fast allen anderen Städten in dem Teil des Reiches gegeben haben dürfte, der von den westlichen Alliierten besetzt wurde. Für den östlichen Kriegsschauplatz galten andere »Regeln«, da die deutschen Truppen sehr viel heftiger Widerstand leisteten, um nicht in sowjetische Kriegsgefangenschaft zu geraten, aber auch, um Teilen der Zivilbevölkerung die Flucht nach Westen zu ermöglichen.

In Freiburg begann die Auflösung des Systems nach dem verheerenden Angriff vom 27. November 1944. Zum einen war das Ansehen der NSDAP immer stärker geschwunden, wie vor allem die Gerüchte über das Wissen der örtlichen Parteiführer vor dem Angriff deutlich zeigten. Dazu kam eine zunehmende Auflösung der staatlichen Strukturen sowie

ein Kompetenzwirrwarr auf allen Ebenen, die man euphemistisch auch als Polykratie bezeichnen könnte. Während im militärischen und politischen Bereich der alltägliche Terror immer mehr zunahm, entglitt den nationalsozialistischen Stellen die Kontrolle über das tägliche Leben und vor allem den Kriegseinsatz der Menschen immer mehr. Dies mag mit einer Beobachtung zusammenhängen, die Klaus Mann unmittelbar nach Kriegsende gemacht hatte, als viele Deutsche bestritten, der NSDAP angehört zu haben. Den Grund sah er darin, dass »die Sache der Nazis keinen Erfolg hatte. Für sie ›ist der Erfolg der endgültige und einzige Beweis der Richtigkeit einer Idee‹ – so hat sich einer ihrer Anführer, Dr. Robert Ley, prägnant und zynisch ausgedrückt.«¹⁰ Für einen zunehmenden Teil der Bevölkerung wurde es spätestens nach dem großen Luftangriff von Tag zu Tag klarer, dass das sogenannte Dritte Reich keinen Erfolg mehr hatte.

Bis in die achtziger Jahre des 20. Jahrhunderts hielt sich in Freiburg das Gerücht, dass die örtlichen NSDAP-Führer vorab vom Angriff des 27. November gewußt und sich rechtzeitig in Sicherheit gebracht hätten. Unmittelbar nach Kriegsende ging man diesen Gerüchten sogar von Seiten der Polizei nach. Dabei stellte sich heraus, dass der NS-Kreisleiter Neuscheler an diesem Abend beim Zahnarzt gewesen war und den Angriff in einem Keller beim Martinstor überstanden hatte. Einige NS-Funktionäre hatten zur Zeit des Angriffs im Parteihaus am Siegesdenkmal getagt und waren umgekommen. Allerdings berichtete ein Oberleutnant der Schutzpolizei aus eigener Anschauung, dass in der Folgezeit, aus Sorge vor weiteren Angriffen, NS-Funktionäre »abends mit verdunkelten Taxametern« abgerückt seien.¹¹ Vermutlich war dies den Freiburgern nicht verborgen geblieben und hatte zu diesen Gerüchten geführt.

Auch in der Folgezeit zeigte sich eindringlich, dass die Partei und ihre Gliederungen nicht bereit waren, sich der Notlage anzupassen. So weigerten sich Mitarbeiter der NS-Zeitung ›Der Alemanne‹, ihre leer stehenden Wohnungen der städtischen Wohnungsvermittlungsstelle für Obdachlose zur Verfügung zu stellen. Mitte Februar 1945 berichtete ein Angestellter der Behörde von einem allgemeinen Unwillen und den Vorwürfen eines Parteigenossen. »In dem Arbeiterviertel habe ich den Mut, täglich die armen Leute zu belästigen, in die Wohnungen der Bonzen getraue ich mich nicht.« Es werde der Tag kommen, an dem man auch mit diesen Herren reden werde.¹²

Oberbürgermeister Kerber verwahrte sich in einem ausführlichen Schreiben gegen diese Vorwürfe und erstattete Anzeige. Allerdings scheint die Angelegenheit nicht besonders zügig bearbeitet worden zu sein. Auf seine Nachfrage teilte ihm die Staatsanwaltschaft am 20. März mit, dass das Verfahren noch im Lauf sei. Dabei blieb es auch bis zum Einmarsch der Franzosen.

Die Nerven lagen blank, wie Grete Borgmann am 24. Dezember 1944 an ihren Mann Karl schrieb. »Schon an der Tür spürte ich eine reichlich geladene Atmosphäre ... Jeder lebt heute so auf den Spitzen seiner Nerven, dass man behutsam sein muss, um aneinander vorbeizukommen.«¹³ Anfang Februar berichtete sie von der Ausgabe von Lebensmittelmarken und Raucherkarten in der Lessingschule. »In beiden Zimmern hätte es ebenso gut zu Schlägereien kommen können und ich frage mich fast vergebens, warum es eigentlich nicht dazu kam. Gereizt genug waren die Leute alle ...«¹⁴

Kerber sprach Mitte Februar von einer Nervenkrise der Bevölkerung, wodurch die Klatschsucht böswilliger Kreise gefördert werde. Hunderte von Menschen standen täglich vor den Bunkern und warteten auf den



Familie Borgmann, Freiburg um 1942
(HdG 1991/0417/03)

Alarm. »Sie vertreiben sich die Zeit mit unnützem Geschwätz törichtem Inhalt, wobei die Störung des Vertrauens zur örtlichen Führung neuerdings eine erhebliche Rolle spielt.«¹⁵

Ein wesentlicher Grund für diese Nervosität und die Gerüchte war die Perspektivlosigkeit. Dies zeigt sich besonders in den Dienstbesprechungen mit dem Oberbürgermeister, die dieser nach dem Angriff regelmäßig mit seinen Amtsleitern abhielt. Gerade bei der Wiederherstellung der Infrastruktur (Gas, Strom, Wasser, Müllabfuhr oder öffentliche Verkehrsmittel) oder der Sicherung von unzerstörtem Mobiliar mussten sich die städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wie Sisyphos vorgekommen sein. Sobald sie etwas wieder in Gang gesetzt hatten, zerstörten neue Bombenangriffe die Reparaturen oder die kürzlich geborgenen Einrichtungsgegenstände.

So meldeten das Elektrizitätswerk sowie das Gas- und Wasserwerk am 18. Dezember 1944, dass einen Tag zuvor das gerade wieder

fertiggestellte Leitungsnetz erneut getroffen worden sei. Auch bei der Wasserversorgung sei wieder »ein Rückschlag eingetreten ... Ein Volltreffer ist in das Rohrlager gefallen, wodurch viele Rohre verloren gegangen sind.«¹⁶ Am 12. Januar 1945 berichtete Oberbaurat Cordell vom Gas- und Elektrizitätswerk, dass »die Behebung der Wasserrohrschäden nur langsam vorwärts (gehe), weil immer wieder neue Rohrbrüche auftreten.« Am 9. Februar teilte der Oberbürgermeister seinen Dienstvorständen mit, dass die Versorgung der Bevölkerung mit Gas und Wasser immer mehr in Frage gestellt werde. »Das ist nur der Anfang von dem, was noch kommen werde. Welche Konsequenzen aus der Lage gezogen werden müssen, könne heute noch nicht gesagt werden.« Unter diesen Umständen nimmt es nicht wunder, dass in der Bevölkerung »eine Passivität auf der ganzen Linie« bestehe, wie das Stadtoberhaupt in derselben Sitzung klagte. »Die Leute sehen zu, wie die Häuser abbrennen und rühren keinen Finger.«

Dazu passen auch die Gerüchte über die Opfer des Luftangriffs vom 27. November. Anfang Januar bat der zuständige Gartendirektor Schimpf in der Dienstbesprechung diesen entgegenzutreten, wonach es 20 000 Tote gegeben habe. Er rechnete zu diesem Zeitpunkt mit 2000 Opfern, von denen 1178 geborgen seien. Anfang Februar waren dann 1696 Opfer auf dem Friedhof. Von 250 Leichen kannte man den Namen nicht. »Nach Feststellung der Kriminalpolizei werden die Vermissten auf etwa 1500 beziffert (bei der Vermisstenzentrale sind nur 770 gemeldet).« Bis Kriegsende gelang es nicht, alle Opfer des großen Luftangriffs zu bergen.

Ein weiteres Problem waren die Reibereien zwischen Partei und Stadtverwaltung. So weigerte sich das NS-Kraftfahrerkorps (NSKK) nach dem Angriff, die Sofortmaßnahmen

der Stadt zu unterstützen, obwohl es deutlich mehr Benzin zugeteilt bekommen hatte. Noch in der letzten Besprechung des seit dem 6. April amtierenden neuen Freiburger Oberbürgermeisters Maaß mit den Beigeordneten am 12. April 1945, etwa eine Woche vor dem Einmarsch der Franzosen, konnte der bisherige Fahrbereitschaftsleiter der Stadt nicht mit der Instandsetzung der vorhandenen Fahrzeuge betraut werden, weil er vom NSKK bekämpft wurde. Dies rührte u. a. von Auseinandersetzungen über die Austragung des Schauinslandrennens aus der Vorkriegszeit her, aber auch von Kompetenzstreitigkeiten.

Dazu kamen die Probleme mit dem Volkssturm. Der Kreisleiter zog immer wieder dringend benötigte städtische Arbeitskräfte ab, so dass wichtige Arbeiten, wie z. B. der Abtransport von Holz aus den städtischen Wäldern, aber auch die Sicherung von Einrichtungsgegenständen aus beschädigten oder zerstörten Häusern, nicht erledigt werden konnten. Gleichzeitig waren dadurch die Ämter nicht besetzt. Hilfesuchende Freiburgerinnen und Freiburger standen dann vor verschlossenen Türen mit dem Schild »Wegen Schanzarbeit geschlossen«. Dabei bereiteten die regelmäßigen Luftangriffe ohnehin schon große Probleme bei den Öffnungszeiten der Ämter. So wollte Kerber Mitte März fast schon mediterrane Arbeitszeiten durchsetzen, nämlich von 6–11 Uhr und dann nach einer langen Mittagspause von 16:30 bis 19:30 Uhr. Dies kollidierte dann aber wieder mit der Aufforderung, die Lebensmittelversorgung durch eigenen Anbau zu ergänzen. »Es gibt gar keine andere Möglichkeit als die frühen Morgenstunden und die Dämmerung auszunützen für die Arbeit.« Da dies aber wieder mit den Betrieben und den staatlichen Stellen abgestimmt werden musste, kam es auch hier zu keiner Regelung.

Gerade die Zusammenarbeit mit staatlichen Stellen wurde immer schwieriger. So beklagte sich Gartendirektor Schimpf am 16. März, dass die Reichsbehörden nie anzutreffen sind, »sie sitzen regelmäßig im Keller« aus Angst vor Luftangriffen. Am 12. April klagte der Oberbürgermeister, »daß die Reichsbahn sozusagen alles teilnahmslos an sich herankommen lässt.« Und wenn Reichsbehörden einmal Aktivitäten entwickelten, lösten sie zu Recht Kopfschütteln aus. So teilte der Oberbürgermeister am 2. Februar mit, dass die Reichspost beabsichtige, einen Hochbunker in Freiburg zu bauen. »Es dürfte ein Irrsinn sein, ein solches Bauunternehmen bei der gegenwärtigen Luftlage überhaupt zu beginnen. Die Arbeiter können bei der Frontnähe vielleicht 40 % am Tage arbeiten. Bis der Bunker fertig wäre, dürfte mindestens 1 Jahr vergehen.« Es blieb bei der Absicht. Ein zunehmendes Problem waren die Auslagerungen von vorgesetzten Behörden wegen der zunehmenden Luftangriffe z. B. aus Karlsruhe. Die neuen Standorte waren häufig nicht bekannt und Telefon- sowie Postverbindungen wurden immer schlechter.

Exemplarisch für die Probleme waren die Verhältnisse an der schwer zerstörten Freiburger Universität. Nach dem Angriff gab es noch 250 Studierende, darunter zahlreiche Kriegsverwehrte, die z. B. in den philosophischen Fakultäten teilweise in den Wohnungen der Dozenten unterrichtet wurden. Die medizinische und die naturwissenschaftliche Fakultät mussten allerdings den Unterricht einstellen. Die Universitätshauptverwaltung verfügte Anfang Januar noch über keinen Telefonanschluß. Deshalb wurde für den Germanisten Professor Maurer um die Bewilligung eines Fahrradschlauches und einer Fahrraddecke gebeten, damit er besondere Aufträge des Rektors und des Dekans erledigen konnte.



Studentinnen im zerstörten Institutsviertel
(Abb.: Stadtarchiv Freiburg)

Die naturwissenschaftlichen Institute waren weit verstreut. Das physikalische Institut hatte einen Unterschlupf in Überlingen gefunden, das forstzoologische in Mittelbibrach, das chemische Laboratorium von Prof. Staudinger sogar im damaligen Sudetengebiet. Einige Institute besaßen nun mehrere Standorte, wie z. B. das zoologische und botanische Institut, die zum Teil noch in Freiburg waren, teilweise auch am Bodensee (Wallhausen) bzw. in Neustadt. Wissenschaftliches Lehren und Arbeiten war unter diesen Umständen kaum noch möglich. Gleichzeitig fürchtete sich die Stadt vor einer dauerhaften Verlegung der Universität.¹⁷

Unter diesen Umständen verwundert es nicht, dass sich vor allem beim »alten Kämpfer« Kerber zunehmend Frustration breit machte. Am 8. Dezember 1944 forderte er noch von der Polizei, in Freiburg eine Razzia durchzuführen, »um alle männlichen Perso-

nen zu erfassen, die sich ohne Arbeit in der Stadt herumtreiben ... Zweck: Zur Rettung von Gebäuden, Sachwerten, insbesondere der Lebensmittelvorräte.« Am 18. Dezember trat er Gerüchten entgegen, er habe gesagt, dass die Stadt Freiburg aufgegeben werde. »Im Gegenteil, sie wird wieder aufgebaut. Ob wir es erleben ist eine andere Sache.« Am 22. Dezember beklagte er die Dienstauffassung bei einigen städtischen Bediensteten. »Ich verlange, daß die jungen Mädchen sich tadellos verhalten und sich während des Dienstes nicht mit Dingen beschäftigen, die mit dem Dienst nichts zu tun haben.« Darüber hinaus trat er für die Abschaffung des Berufsbeamtentums ein, das er für das Schädlichste hielt, was es gibt.

Ende Januar erläuterte er dann seinen Dienstvorständen, dass sie nicht damit rechnen könnten, »dass die Masse der Bevölkerung für unsere Schwierigkeiten Verständnis aufbringt. Irgendwie erzieherisch auf die Leute einzuwirken, ist nicht möglich.« Mitte März leistete er dann intern einen Offenbarungseid, als er ausführte: »Der totale Kriegseinsatz ist hier schon längst zum Teufel.« Eine Woche später kündigte er dann in der Besprechung an, dass er künftig öffentliche Ratsherrensitzungen abhalten werde. Außerdem wolle er den Stadtrat mit Leuten aus der Bürgerschaft ergänzen. »Der Hauptzweck ist der, der Bevölkerung Gelegenheit zu geben, sich über Dinge zu informieren, die sie durch die Presse nicht erfahren (!) ... Es ist mir darum zu tun eine Plattform zu finden, um an die Bevölkerung heranzukommen. Die Dienstvorstände sollen an diesen Sitzungen teilnehmen, um Auskunft geben zu können.« Die Sitzung fand tatsächlich am Gründonnerstag im Historischen Kaufhaus statt. Allerdings konnte und wollte Kerber der Bevölkerung auch auf dieser Sitzung keinen ehrlichen Bericht abgeben. Zu den geplanten weiteren Sitzungen



»Der Winter 1944/5 war sehr kalt und schneereich. Die Versorgung auf dem Freiburger Markt war zudem kurz vor Kriegsende sehr schlecht.«
(Abb.: Stadtarchiv Freiburg)

kam es aufgrund des raschen Kriegsendes nicht mehr. Es ist interessant, dass ein totalitäres System sein Scheitern auch dadurch eingesteht, dass es zumindest Formen von öffentlicher Partizipation einführen will, die 12 Jahre lang radikal abgelehnt worden waren.

Zu diesem Zeitpunkt hatte auch Joseph Goebbels dieses Problem erkannt. Am 28. März schrieb er in sein Tagebuch: »Wir bewegen uns in unserer Kriegführung heute schon in mancher Beziehung im luftleeren Raum. Wir geben in Berlin Befehle, die unten praktisch nicht mehr ankommen, geschweige dass sie durchgeführt werden können. Ich sehe darin die Gefahr eines ausserordentlichen Autoritätsschwundes.«¹⁸

Mit der massiven Erschwerung und schließlich Unterbrechung der Kommunikationswege zwischen den zentralen Stellen in Berlin und Karlsruhe und den Landkreisen und Kommunen, sahen sich die örtlichen Entscheidungsträger vor völlig neue Aufgaben gestellt. 12 Jahre waren sie gewohnt, Befehle auszuführen bzw. sich vor Entscheidungen bei vorgesetzten Stellen abzusichern. Dies war nun oft nicht mehr möglich. Es mussten Entscheidungen vor Ort ohne Rücksprachemög-



Trümmer im Schnee
(Abb.: Stadtarchiv Freiburg)

lichkeit getroffen werden, was sicherlich viele Beteiligte überforderte.

Gleichzeitig führte dies aber auch zu einem zunehmenden Egoismus sowohl der Individuen als auch von öffentlichen Einrichtungen. Privatleute zweigten Holz für den Panzersperrenbau für eigene Zwecke ab. Landkreise und Kommunen beschlagnahmten Nahrungsmittel, die beispielsweise für Freiburg bestimmt gewesen waren, und es gab keine übergeordnete Institution mehr, die regelnd eingreifen konnte. Jeder war sich selbst der Nächste.

In den letzten Wochen des sogenannten Dritten Reiches kam es aber auch zu einer zunehmenden Verdrängung der Realitäten. Am 12. April, die Franzosen standen schon vor Offenburg, erklärte der Oberbürgermeister seinen offensichtlich überraschten Beigeordneten: »Wir schaffen uns einen neuen Fuhrpark.« Außerdem unterhielt man sich über den Druck von Notgeld, da ein geordneter Geldkreislauf nicht mehr gewährleistet war. Man knüpfte an

die Erfahrungen nach dem Ersten Weltkrieg und der Inflation an und wollte »geschmackvolle und gut gelungene Notgeldscheine« herstellen, um »die Sammelwut« anzuregen. Möglicherweise könne man damit sogar seine Schulden abtragen. Dementsprechend sollte ein Graphiker gesucht werden. Schließlich erklärte Oberbürgermeister Maaß, dass die Notwendigkeit der Herausgabe von Notgeld anerkannt wird. »Wir wollen es so machen, daß wir das Notgeld für die Jetztzeit herausgeben, dann gilt es auch für den Fall, daß wir das Schicksal (der Besetzung durch eine Feindmacht, T. S.) erleiden sollten, was ich nicht hoffe.«

Auch in der noch täglich mit zwei Seiten erscheinenden Tageszeitung »Der Alemanne« wurde eine uns heute seltsam berührende Normalität vermittelt. Am 20. April 1945 erschienen neben Todesanzeigen (für Soldaten und Nichtsoldaten) auch eine Verlobungs- und zwei Hochzeitsannoncen. Es gab offene Stellen und Stellengesuche, Mietangebote und Mietgesuche. Menschen wollten eine Wohnung tauschen, Dinge kaufen und verkaufen. Es wurde Verlorenes ebenso gesucht wie eine Kuh oder Hühner. Ärzte annoncierten ihre Sprechstunden und immerhin vier Kinos boten noch ein Programm, übrigens alle mit »Jugendverbot«.

Das Spektrum an Einstellungen in der Stadt schilderte Grete Borgmann am 18. April in einem Brief an ihren Mann. Sie erzählte von zwei Frauen. »Beide glaubten an die baldige Wendung und Wunderwaffe etc. Dann kam die Zeitungsausträgerin und ich dachte mir, das wird für die 2 Helden eine Verstärkung sein. Sie ließ sich aber sehr nett an, schenkte mir einen Alemannen auf die Frage, was es Neues gäbe und erzählte, sie habe eben jemand gesprochen, Freiburg solle nicht verteidigt werden, es hab ja auch gar keinen Sinn, wofür jetzt noch Leute opfern, man solle doch endlich Schluss machen, dann brauche man

die Flieger nicht mehr fürchten und könne wieder aufbauen. Mit Herrn Orth wagte ich kaum, auf politices zu kommen, solche Wutanfälle bekam er gleich: ›So ein Wahnsinn! Alles muss kaputt gehe, alles und die höre nit uf, bloß, dass sie noch 8 Tag länger lebe ...‹¹⁹

In keiner Gemeinde im Südwesten gab es im März/April 1945 noch eine Mehrheit der Bevölkerung, die bereit war, den letzten Befehlen des untergehenden Dritten Reiches freiwillig oder aus Überzeugung zu gehorchen. Die Macht des Dritten Reiches beruhte am Ende nur noch auf Bajonetten. Seit 1933 konnte sich das Regime auf die breite Unterstützung der Menschen in Deutschland verlassen, wie vor allem die Millionen von freiwilligen Denunziationen gezeigt hatten. Nun funktionierte dies nur noch sehr eingeschränkt. Die Mehrzahl der Leute »wollten nicht einer verlorenen Sache ihre Heimat opfern«, wie ein nordbadischer Pfarrer Mitte Juli 1945 an das Freiburger Ordinariat über das »Kriegserleben« in seiner Gemeinde berichtete.²⁰

In Baden wollte Gauleiter Wagner den Befehl Hitlers, die Lebensgrundlagen des deutschen Volkes zu zerstören, umsetzen, scheiterte aber am Widerstand von Rüstungsminister Albert Speer, der den Befehl nicht weitergab. Im badischen Innenministerium regelte man im Gegensatz dazu mit einem Erlass vom 20. März 1945 den Übergang. Im sogenannten feindbesetzten Gebiet musste die Versorgung der Bevölkerung auf folgenden Gebieten unbedingt aufrecht erhalten bleiben: Ernährung, Versorgung mit den unentbehrlichsten Bedarfsgegenständen, Aufrechterhaltung der Versorgungsbetriebe (Gas, Wasser, Elektrizität, Schlachthof); Befriedigung des dringendsten Wohnbedarfes; Gesundheitsfürsorge; Familienunterhalt; Öffentliche Fürsorge und Zahlungsverkehr. In Freiburg wurde deshalb im Einverständnis mit dem



»Es dauerte Monate bis alle Toten des Luftangriffs vom 27. November 1944 geborgen waren. Bis dahin stellte man Kreuze auf die zerstörten Gebäude, in denen noch Tote vermutet wurden.«
(Abb.: Stadtarchiv Freiburg)

NSDAP-Kreisleiter Mitte April von Oberbürgermeister Maaß eine Notverwaltung mit 81 Personen aufgebaut, die unmittelbar nach dem Einmarsch der Franzosen tatsächlich die Arbeit aufnahm.²¹ Eine Stunde Null konnte es in einer arbeitsteiligen Industriegesellschaft auf kommunaler Ebene nicht geben.

Zu langen sinnlosen Kämpfen beim Einmarsch der Alliierten kam es in Freiburg, im Unterschied z. B. zu Berlin oder im Südwesten zu Heilbronn, nicht. Auch Todesmärsche von Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern, bzw. KZ-Insassen blieben der Stadt erspart. Militärisch unnötige, unangekündigte Sprengungen von Eisenbahnbrücken führten noch zu Toten unter der deutschen Zivilbevölkerung. Vereinzelte Schießereien fanden ebenfalls statt, aber eine ernsthafte Verteidigung gab es nicht. Dazu waren die versprengten deutschen Einheiten am Oberrhein auch nicht in der Lage, die u. a. vergeblich versucht hatten, Fahrräder zur Verbesserung ihrer Mobilität zu beschlagnehmen. Am 20. April schrieb Grete Borgmann aus Stegen von den »ersten flüchtenden Soldaten, die völlig erschöpft daher wankten ..., dieses Bild so als Zeichen des Ganzen und möglicherweise auch unseres Schicksals,

machte mir das Blut in den Adern erstarren.« Ein Soldat, dem sie etwas Milch beschafft hatte, meinte nur immer wieder: »Es ist himmeltraurig, dass es so weit kommen musste.«²²

Am 21. April 1945 endete mit dem Einmarsch der Franzosen der Zweite Weltkrieg für Freiburg – wenige Wochen vor der bedingungslosen Kapitulation des Deutschen Reiches am 8. und 9. Mai.²³ Die auf Reichsebene immer wieder beschriebenen Mechanismen, die zu diesem Weiterkämpfen bis zur völligen Agonie geführt hatten, wurden u. a. als »Anatomie der Selbstzerstörung« bezeichnet.²⁴ Der Mythos Hitler wirkte bei zahlreichen, auch kommunalen NS-Größen weiterhin, auch wenn sie selbst schon längst erkannt hatten, dass sich das System in Auflösung befand. Ein gutes Beispiel dafür ist die Abschiedsrede von Franz Kerber als Oberbürgermeister von Freiburg am 7. April 1945. Einen Tag zuvor hatte ihn Gauleiter Wagner noch mit der Wahrnehmung der Geschäfte des badischen Finanz- und Wirtschaftsministers, des Vorsitzers der Rüstungskommission und des Präsidenten der Gauwirtschaftskammer Oberrhein beauftragt – wohlklingende Titel ohne Macht. Obwohl sich Kerber in den Monaten zuvor in derselben Runde mit den Dienstvorständen immer wieder kritisch zur Lage geäußert hatte, verfiel er nun wieder in die Goebbelsche Propagandasprache: »Verlieren Sie aber in diesen Tagen das Vertrauen nicht, lassen Sie den Kopf nicht hängen. Wenn auch alles so zu sein scheint, daß wir allen Grund haben, vielleicht jetzt bedrückt zu sein, es ist nicht der Fall. Der Gauleiter glaubt an den Sieg, die führenden Männer glauben daran. Ich glaube auch daran. Der Führer hat am 25. Februar noch erklärt: ›Ich prophezeie den Sieg des Deutschen Volkes‹. Ich weiß, dass er das nicht sagen würde, wenn er nicht Grund hätte, an die Realität zu glauben, die ihn zu dieser Formulierung berech-

tigt. Wir müssen also durchstehen. Den Kopf hoch, unsere Pflicht erfüllen, arbeiten.«²⁵

Zwei Wochen später war für Freiburg alles vorbei – Jahre, nachdem der Krieg bereits verloren gewesen war. Die Folgen des Krieges prägten das Stadtbild und die Stadt noch viele Jahre und die betroffenen Menschen, ob an der Front oder zuhause, als Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, als überlebende KZ-Insassen, wie z. B. die noch am 13. Februar 1945 nach Theresienstadt deportierten jüdischen Freiburgerinnen und Freiburger²⁶, als Kriegsgefangene oder Heimatvertriebene bis an ihr Lebensende.

Anmerkungen

- 1 Jacqueline Lévi-Valensi, Hrsg., Albert Camus – Journalist in der Résistance. Bd. I. Leitartikel und Artikel in der Untergrund- und Tageszeitung *Combat* von 1944 bis 1947, Hamburg 2014, S. 149.
- 2 Bundesgesetzblatt Teil I, Nr. 21 vom 17. Juli 1954, S. 204.
- 3 Rüdiger Overmans, *Deutsche militärische Verluste im Zweiten Weltkrieg*, München 1999, S. 239.
- 4 Zit. nach Andreas Kunz, *Die Wehrmacht 1944/45: Eine Armee im Untergang*; in: *Der Zusammenbruch des Deutschen Reiches 1945, Zweiter Halbband: Die Folgen des Zweiten Weltkrieges*, München 2008, S. 42.
- 5 Richard Overy, *Der Bombenkrieg. Europa 1939 bis 1945*, Berlin 2014, S. 874.
- 6 Ebd., S. 900.
- 7 Gerd R. Ueberschär, *Freiburg im Luftkrieg 1939–1945. Mit einer Photodokumentation zur Zerstörung der Altstadt am 27. November 1944 von Hans Schadek*, Freiburg 1990, S. 245.
- 8 Vgl. dazu auch Thomas Schnabel, *Stadtverwaltung und Kriegsalltag in Freiburg 1944/45*; in: ders. / Gerd R. Ueberschär, *Endlich Frieden! Das Kriegsende in Freiburg 1945*, Freiburg 1985.
- 9 Ebd., S. 69.
- 10 Klaus Mann, *Auf verlorenem Posten. Aufsätze, Reden, Kritiken 1942–1949*, Reinbek bei Hamburg 1994, S. 218.
- 11 Stadtarchiv Freiburg (StadtAF) C5/2282.
- 12 StadtAF C 4 VI/15/2.
- 13 Grete und Karl Borgmann, »zum Glück hilft die Sehnsucht«. Ein Briefwechsel 1944/45, Leinfel-

den-Echterdingen 2010, S. 163. Grete Borgmann, Mutter von vier Kindern, war sozial stark engagiert und gehörte nach 1945 zu den führenden Vertreterinnen der bürgerlichen Frauenbewegung. Karl, seit 1942 bei der Wehrmacht, arbeitete seit 1936 beim Caritasverband in Freiburg in führender Stellung.

- 14 Ebd., S. 183.
- 15 StadtAF C 4 VI/15/2.
- 16 StadtAF C 4 VI/21/2. Die folgenden Zitate aus den Besprechungen des Oberbürgermeisters mit den Dienstvorständen sind alle aus diesem Bestand.
- 17 Vgl. dazu Thomas Schnabel, *Die Universität Freiburg im Krieg*; in: Eckhard John / Bernd Martin / Marc Mück / Hugo Ott, Hrsg., *Die Freiburger Universität in der Zeit des Nationalsozialismus*, Freiburg-Würzburg 1991, S. 237–241.
- 18 Joseph Goebbels, *Tagebücher 1945. Die letzten Aufzeichnungen*, Hamburg 1977, S. 406.
- 19 Borgmann (wie Anm. 13), S. 223/4.
- 20 Vgl. dazu Thomas Schnabel, »Die Leute wollten nicht einer verlorenen Sache ihre Heimat opfern«, in: *Formen des Widerstandes im Südwesten 1933–1945. Scheitern und Nachwirken*, hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg und dem Haus der Geschichte Baden-Württemberg, Ulm 1994, S. 165–179.
- 21 Schnabel (wie Anm. 8), S. 57.
- 22 Borgmann (wie Anm. 13), S. 232/3.
- 23 Vgl. dazu Volker Ullrich, *Acht Tage im Mai. Die letzte Woche des Dritten Reiches*, München 2020.
- 24 Ian Kershaw, *Das Ende. Kampf bis in den Untergang. NS-Deutschland 1944/45*, München 2011, S. 523–541.
- 25 StadtAF C 4 VI/21/2.
- 26 Peter Künzel, *Aber es war eine Verschleppungsaktion ... Die Deportation der jüdischen Bürger Freiburgs nach Theresienstadt am 13. Februar 1945*; in: *Zeitschrift des Breisgau-Geschichtsvereins »Schau ins Land«* 134/2015, S. 137–159.



Anschrift des Autors:
Prof. Dr. Thomas Schnabel
Dittmarstraße 85/1
74074 Heilbronn